Deutscher Städtetag
Die Stimme der Städte

AUSGABE **10 | 2020**

STÄDTETAG AKTUELL

Inhalt

IM BLICKPUNKT

Aufbau von Corona-Impfzentren

Neue Leipzig Charta angenommen

Sorge vor 10 Milliarden Euro-Finanzloch

Städte unterstützen Corona-Beschlüsse

AUS DEN STÄDTEN

Aachener Alternativen zum Weihnachtsmarkt

Ausstellung in Augsburger Straßenbahnen

Bundesweiter Vorlesetag

Apps für nachhaltiges und sauberes Hamburg

FORUM

Automatisierter ÖPNV-Bus in Friedrichshafen

FACHINFORMATIONEN

PERSONALIEN

Städte engagiert beim Aufbau von Corona-Impfzentren

Die Städte wollen den Aufbau von Impfzentren in der Corona-Pandemie tatkräftig unterstützen. Die Länder müssten allerdings rasch für genügend medizinisches Personal für die Impfungen sorgen, sagte der Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Burkhard Jung, nach Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages Ende November der Deutschen Presse-Agentur:

„Wenn der Impfstoff da ist, dürfen die Impfungen nicht an fehlendem Personal scheitern."

Oberbürgermeister
Burkhard Jung
Präsident des Deutschen Städtetages

„Die Corona-Schutzimpfungen sind ein entscheidender Baustein, um die Corona-Pandemie zu bekämpfen. Für die Menschen in Deutschland bieten sie die Hoffnung auf eine schrittweise Rückkehr zur Normalität. Wir begrüßen deshalb die Bemühungen von Bund und Ländern für die Impfungen.

Wir sind etwas unglücklich über die Bezeichnung Impfzentrum, weil die Menschen so vielleicht den Eindruck bekommen, dass ab Januar in jeder kreisfreien Stadt und in jedem Kreis eine Einrichtung in Betrieb ist, wo man sich impfen lassen kann. Tatsächlich gehen wir aber davon aus, dass bis weit ins Frühjahr hinein vor allem mobile Impfteams in Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser fahren. Dort werden dann vorrangig chronisch kranke, hochbetagte Menschen und das dortige Personal geimpft. Wir müssen in der Kommunikation gemeinsam darauf achten, hier nicht unrealistische Erwartungen zu wecken. Massenimpfungen für die breite Bevölkerung werden nach den Plänen von Bund und Ländern frühestens ab dem Sommer möglich sein.

Die Städte unterstützen selbstverständlich tatkräftig den Aufbau und Betrieb der Impfzentren. Sie sind in der Lage, zügig die notwendigen organisatorischen Vorbereitungen zu treffen. Das heißt zum Beispiel Gebäude anmieten und ausstatten. Dabei muss klar sein: Die Kosten, die den Kommunen entstehen, müssen Bund, Länder und Krankenkassen ausgleichen. Hier fordern wir verbindliche Zusagen, vor allem von den Ländern."

Die kompletten Aussagen finden Sie unter:
↗ www. staedtetag.de

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn war Ende November zu Gast bei der Videokonferenz-Sitzung des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages (Foto: Michael Schinkel/BMG)

Foto: Michael Bader

„Die Städte in Deutschland und Europa sollen sich nachhaltig weiterentwickeln können."

Oberbürgermeister
Burkhard Jung
Präsident des Deutschen
Städtetages

Neue Leipzig-Charta angenommen

Die für Stadtentwicklung zuständigen Ministerinnen und Minister der Europäischen Union haben am 30. November die „Neue Leipzig-Charta – die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl" als neue Grundlage für die Stadtentwicklungspolitik in Europa angenommen. Anlässlich des digitalen Treffens und der Unterzeichnung der Charta sagte der Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Burkhard Jung:

„Die Vielfalt der Städte prägt unser gemeinsames Europa. Es sind lebendige europäische Städte mit Kreativität und Kultur, mit historischem Bewusstsein und moderner Entwicklung. Es sind Städte, die Identität stiften für Millionen von Einwohnerinnen und Einwohnern. Die Städte in Deutschland und Europa sollen sich nachhaltig weiterentwickeln können. Und sie wollen dabei das Gemeinwohl besonders herausstellen. Das ist die starke Botschaft, die von der Neuen Leipzig-Charta für die Stadtentwicklung der Zukunft ausgeht.

In den Städten stehen wir dabei vor akuten Herausforderungen. Der Klimawandel, die Integration zugewanderter Menschen und die Digitalisierung vieler Lebensbereiche müssen in klugen Strategien zur Entwicklung unserer Städte immer mitgedacht werden. Mit der Neuen Leipzig-Charta formulieren die europäischen Partner den Anspruch, die Lebensqualität in allen europäischen Städten zu erhalten und zu verbessern. Die Europäische Union, Bund, Länder und Städte müssen gemeinsam daran arbeiten, damit das bei uns in Deutschland gelingt: nachhaltig, klimagerecht und am Gemeinwohl orientiert."

TITELFOTO

Einzelhandel leidet unter Corona-Folgen

Weihnachtliche Beleuchtung an der Berliner Tauentzienstraße mit Blick in Richtung Gedächtsniskirche und Kurfürstendamm. Wegen Corona sind auf der Einkaufsstraße in diesem Jahr weniger Menschen unterwegs.

(Foto: Uwe Steinert/Deutscher Städtetag)

Kommunen droht 10 Milliarden Euro-Finanzloch

Wenn Bund und Länder die Gewerbesteuerverluste der Kommunen im Jahr 2021 nicht ausgleichen, wird das Loch in den kommunalen Haushalten im nächsten Jahr auf gut 10 Milliarden Euro anwachsen. Auch 2022 ist die Einnahme- und Ausgabesituation der Städte besorgniserregend. Unter anderem, weil gleichzeitig zu den geringeren Einnahmen die Sozial- und Gesundheitskosten coronabedingt erhöht sind. Nach Videokonferenz-Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages mit zahlreichen Spitzen bundesdeutscher Städte sagte Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND):

„Den Kommunen droht im nächsten Jahr wegen der Corona-Krise ein riesiges Defizit von gut 10 Milliarden Euro. Durch den Teil-Lockdown kann sich die Lücke sogar noch vergrößern. Das macht uns in den Städten große Sorgen. Wir fordern deshalb Bund und Länder eindringlich auf, auch 2021 und 2022 Mittel bereitzustellen, um die Kommunen zu stabilisieren. Das heißt konkret: Bund und Länder sollten in den beiden kommenden Jahren die Gewerbesteuerausfälle der Kommunen weiterhin ausgleichen. Andernfalls wären die Städte zu drastischen Kürzungen bei den Investitionen gezwungen. Das wäre Gift für die Konjunktur. Kommunale Investitionen sind unverzichtbar zur Belebung der Wirtschaft. Die Hälfte der öffentlichen Investitionen sind Aufträge von uns.

Wenn wir Projekte verschieben und Investitionen zurückfahren müssen, träfe das viele Betriebe, die bislang durchgehalten haben und die auf eine schnelle Erholung der Wirtschaft hoffen. Kommunale Aufträge gehen sehr häufig an örtliche Handwerksbetriebe und an regional ansässige Unternehmen. 2019 betrugen die kommunalen Sachinvestitionen immerhin 32 Milliarden Euro.

Wenn Bund und Länder den schnellen Aufschwung nach Corona nicht gefährden wollen, müssen sie jetzt handeln und den Kommunen rasch Hilfe für 2021 und 2022 zusagen. In diesem Jahr haben Bund und Länder gut agiert und die Gewerbesteuerausfälle der Kommunen ausgeglichen. Diesen Weg sollten sie für die beiden kommenden Jahre fortsetzen. Die Investitionsfähigkeit der Kommunen steht auf dem Spiel: für Schulen und Kitas, für Verkehrs- und Digitalisierungsprojekte."

Foto: Laurence Chaperon

„Wir fordern Bund und Länder eindringlich auf, auch 2021 und 2022 Mittel bereitzustellen, um die Kommunen zu stabilisieren."

Helmut Dedy
Hauptgeschäftsführer des
Deutschen Städtetages

Das Musiktheater im Revier (MiR) in Gelsenkirchen-Schalke, einer der bedeutendsten Theaterbauten der Nachkriegszeit: Hier ist derzeit wie in vielen Theatern, Museen und Kultureinrichtungen coronabedingt kein normaler Betrieb möglich. Foto: Stadt Gelsenkirchen

Städte unterstützen aktuelle Bund-Länder-Beschlüsse vom 25. November zu Corona

Städtetagspräsident Oberbürgermeister Burkhard Jung aus Leipzig hat die Corona-Pandemie in einer ersten Reaktion auf die Bund-Länder-Beschlüsse als „eine große Geduldsprobe für uns alle" bezeichnet. „Die Hoffnung auf einen Impfstoff gibt uns aber Zuversicht, dass wir nach und nach Corona hinter uns lassen können", so Jung. Gleichzeitig schmerze es, dass der Teil-Lockdown fortgesetzt werden müsse.

„Jetzt die Kontakte noch weiter zu reduzieren, verlangt uns viel ab. Aber die Corona-Lage lässt derzeit nichts anderes zu. Je stärker wir jetzt die Regeln einhalten, desto besser kommen wir hoffentlich durch den Winter. Die Zahl der Infektionen muss deutlich sinken, dazu gibt es keine Alternative. Wir hätten uns in den Städten Klarheit für einen etwas längeren Zeitraum gewünscht."

Die Menschen aber auch Kultur, Vereine und Gastronomie bräuchten eine Perspektive, so Jung: „Deshalb hoffen wir darauf, dass nach Beginn der Impfungen erste bundesweite Lockerungen möglich werden, sobald es das Infektionsgeschehen zulässt."

Die Begrenzung der zulässigen Personenzahl im Einzelhandel hält der Städtetagspräsident angesichts des Infektionsgeschehens für nachvollziehbar. Er befürchtet aber, dass es für noch mehr Einzelhändler, die unter den Corona-Folgen leiden, existenzgefährdend werden könnte. Die Einkaufsmeilen seien wegen des boomenden Onlinehandels schon länger unter Druck. Corona habe das jedoch beschleunigt.

„Die Städte werden alles daransetzen, die Innenstädte attraktiv zu halten, denn die Innenstadt ist das Gesicht einer Stadt. Dafür brauchen sie unbedingt weitere Unterstützung von Bund und Ländern. Die Städte wollen mehr attraktive Orte für sozialen Austausch, für Begegnungen und Kultur schaffen. Nötig ist außerdem, sobald die Infektionszahlen das wieder zulassen, eine gesicherte Perspektive für die Öffnung der Kultureinrichtungen, auch weil sie entscheidend mit zur Belebung der Innenstädte beitragen."

Städtetagspräsident Oberbürgermeister Burkhard Jung im ZDF-Interview:
↗ https://t1p.de/corona-jung-zdf

Fazit und Ausblick: Ein Jahr Bündnis für moderne Mobilität

Markus Lewe, Vizepräsident des Deutschen Städtetages, hat auf der 2. Jahreskonferenz des Nationalen Kompetenznetwerks für nachhaltige Mobilität (NaKoMo) Ende November nach einem Jahr Bündnis für moderne Mobilität ein positives Fazit gezogen.

„In den vergangenen zwölf Monaten haben sich Bund, Länder und Kommunen intensiv, zum Teil kontrovers, darüber ausgetauscht, welche Voraussetzungen etwa für mehr Verkehrssicherheit, besseren Radverkehr oder kluge digitale Verkehrslösungen nötig sind. Das ist die Grundlage, um die Verkehrswende in Deutschland zu schaffen. Das Ziel ist klar:

„Wir wollen gemeinsam zu schnellen und wirksamen Lösungen kommen, damit der Umbau des Verkehrs in den Städten rasch vorangehen kann. “

Oberbürgermeister Markus Lewe
Vizepräsident des
Deutschen Städtetages

Deshalb ist es gut, dass Bund und Länder heute die Vereinbarung zum Radverkehrsausbau von 900 Millionen Euro bis 2021 nach den Plänen des Klimaschutzpakets unterzeichnen. Das kann den Ausbau der Radverkehrswege beschleunigen.

Nachholbedarf gibt es noch bei den Entscheidungsspielräumen der Kommunen. Die Bundesregierung sollte den Städten Modellprojekte ermöglichen. Geschwindigkeitsbeschränkungen dürfen die Städte bislang nur in Ausnahmefällen, etwa vor Kitas oder Schulen oder aus Lärmschutzgründen aussprechen. Das führt zu starren kleinräumigen Geschwindigkeitswechseln. Die Städte müssen das in Zukunft flexibel gestalten dürfen. Denn dann können sie mit den Regelungen zur innerörtlichen Geschwindigkeit Verkehrssicherheit und Verkehrseffizienz besser in Einklang bringen.

Und wir brauchen endlich eine Einigung zur Novelle der Straßenverkehrsordnung. Viele wichtige Neuerungen liegen wegen des Streits um Bußgelder und Fahrverbote auf Eis. Etwa der Mindestabstand beim Überholen von Fahrrädern oder das generelle Halteverbot für Autos auf Schutzstreifen für den Radverkehr. Die Mittel der Städte, um zum Beispiel gegen Falschparker vorzugehen, die Fußgänger und Radfahrer gefährden, bleiben durch die unklare Rechtslage ein stumpfes Schwert. Diese Unstimmigkeiten müssen jetzt rasch ausgeräumt werden.“

2. NaKoMo-Jahreskonferenz. „STADT(UM)LAND.VERKEHR. Mobilität zwischen urbanen und ländlichen Räumen“

Gemeinsam allem gewachsen.

Gerade jetzt ist Zusammenhalt wichtiger denn je. Darum machen wir uns für die stark, die sich für die Gemeinschaft stark machen. Und unterstützen Künstler, Sportler, Unternehmer vor Ort und all diejenigen, die sich für andere einsetzen.

gemeinsamallemgewachsen.de

Gemeinsam allem gewachsen

Foto: Mario Bez

Aachen und andere Städte bieten Alternative zum klassischen Weihnachtsmarkt

Nach der Absage des traditionellen Weihnachtsmarktes sind in Aachen mehrere Weihnachtsmarkt-Verkaufsstände in aktuell leerstehenden Ladenlokalen rund um den Aachener Markt untergekommen. Dort finden sich Kerzen-, Leuchten und Windlichter, vor Ort angefertigte Weihnachtskugeln oder der „Weihnachts-Shop" von UNICEF. Ähnliche Alternativen bieten auch viele andere Städte aktuell an, etwa die zeitweise Nutzung städtischer Immobilien. Im Berliner Stadtteil Charlottenburg dürfen Weihnachtsmarkt-Büdchen auch einzeln und an ausgesuchten Stellen betrieben werden.

ARTram 2020: Fotoausstellung in Augsburger Straßenbahnen

Ein ehemaliges inzwischen denkmalgeschütztes Gaswerk in Augsburg in Szene zu setzen. Das war in diesem Jahr die Aufgabe des ARTram Fotowettbewerbs der Stadtwerke Augsburg. Die besten zwölf der eingeschickten Fotos wurden anschließend in den Straßenbahnen der Stadt ausgestellt.

↗ https://t1p.de/Gewinner-ARTram2020

Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister lesen vor!

Damit Vorlesen vor Publikum auch in Corona-Zeiten möglich bleibt, hatte der Deutsche Städtetag zum bundesweiten Vorlesetag die Spitzen der deutschen Städte aufgerufen, ihre Lesungen ins Web zu verlegen. Über 50 Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben sich beteiligt. Noch bis zum Jahresende stehen die Videos online und können angeschaut und angehört werden:

↗ www.staedtetag.de/vorlesetag2020

DER BUNDESWEITE VORLESETAG

Eine Initiative von DIE ZEIT, STIFTUNG LESEN und DEUTSCHE BAHN STIFTUNG

ANZEIGE

15. Bundeskonferenz der Kommunalen Entwicklungspolitik

Gemeinsam. Fair. Global. Nachhaltig.

Agenda 2030 – Kommunen gestalten Zukunft

Montag bis Mittwoch, 14. bis 16. Juni 2021
im World Conference Center Bonn

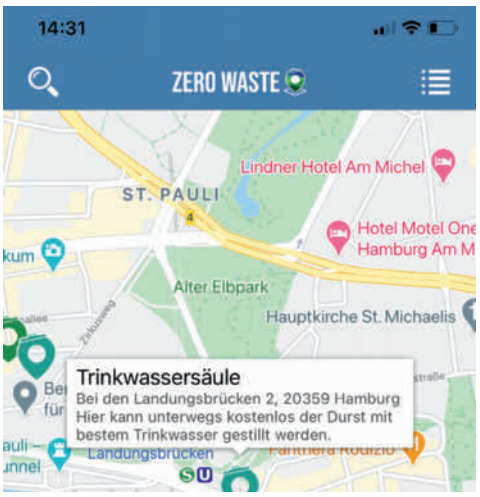
- Kommunen sind als Pioniere des Wandels für die Umsetzung der Agenda 2030 und die Bewältigung globaler Herausforderungen entscheidend. Doch was bedeutet das konkret?
- Wir bieten informative Formate zu lokalen Nachhaltigkeitsstrategien, gesellschaftlichem Zusammenhalt, fairer Beschaffung, kommunalen Partnerschaften und weiteren aktuellen Themen wie Digitalisierung und Pandemiebewältigung.
- Interesse geweckt? Die Voranmeldungen und weitere Informationen finden Sie hier: https://skew.engagement-global.de/bundeskonferenz.html

ENGAGEMENT GLOBAL
Service für Entwicklungsinitiativen

mit ihrer
SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

im Auftrag des
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

in Kooperation mit
ZUKUNFT. FUTURE. AVENIR. BONN.
17 Ziele. Eine Zukunft.



Zwei Apps für Hamburg: Sauber und nachhaltig

Zwei Apps der Stadtreinigung Hamburg sollen die Stadt sauberer und nachhaltiger machen. Die „Zero Waste Map“ will die Müllvermeidung erleichtern, indem neue abfallarme Angebote direkt und kostenlos bekannt gemacht werden. Die App „Stadtreinigung Hamburg“ listet die wichtigsten Dienstleistungen der Stadtreinigungsbetriebe auf. Die meistbenutzte Funktion: „Müllecke fotografieren und melden“. Beide Apps gibt es kostenlos im App- und im Play-Store.

Friedrichshafen: Von der Wiege der Mobilität zum Reallabor für automatisiertes Fahren

Von Andreas Brand

Verkehrsfragen werden vor Ort nicht nur heftig diskutiert, sondern vor allem entschieden und gestaltet. Die Stadt Friedrichshafen treibt das Thema Mobilität seit Jahrhunderten voran und ist bei technologischen Innovationen vorn dabei. So auch jetzt beim Forschungsprojekt „Reallabor für den Automatisierten Busbetrieb im ÖPNV in der Stadt und auf dem Land (RABus)", für das das Land Baden-Württemberg im November 2020 einen Förderbescheid in Höhe von 7 Millionen Euro überreichte.

Was zunächst sperrig klingt, ist im geplanten Betrieb die konkrete Arbeit an der Weiterentwicklung von elektrischen Busshuttles hin zum automatisierten Fahren. In Friedrichshafen soll auf einer Überlandstrecke bis Ende 2023 der Betrieb mit elektrifizierten und automatisierten Fahrzeugen unter Normalbedingungen, daher also im „Reallabor", erprobt werden. Und das möglichst wirtschaftlich und für den Nutzer attraktiv. Ein zweites Reallabor für den innerstädtischen Mischverkehr entsteht in Mannheim.

Die Förderung des Forschungsprojekts mit 7 Millionen Euro durch das Land Baden-Württemberg macht uns in Friedrichshafen besonders stolz, bestätigt uns und bringt uns entscheidend weiter in Richtung zukunftsweisender Mobilität: Seit 2018 investiert die Stadt Friedrichshafen gemeinsam mit zahlreichen Partnern aus Wissenschaft, Mittelstand und Industrie in den Aufbau und die Entwicklung eines Testfelds für automatisiertes Fahren. Aus gutem Grund: Die Stadt ist eine Wiege der Mobilität, ist Konzernsitz von ZF und Zentrum einer Region, die die Mobilität zu Wasser, zu Lande und in der Luft entwickelt und weiterentwickelt.

Foto: RABus_2getthere

1824 legte in Friedrichshafen das erste Dampfschiff auf dem Bodensee ab, 1847 wurde die erste Eisenbahnstrecke am Bodensee zwischen Friedrichshafen und Ravensburg in Betrieb genommen. Graf Zeppelin ließ in Friedrichshafen 1900 den ersten Zeppelin in die Luft steigen und legte den Grundstein für die Entwicklung eines dynamischen Industriestandorts. Heute steht Friedrichshafen für Verkehrstechnologie der Zukunft. Da war es naheliegend, dass wir gemeinsam mit unserer Stadtverkehr Friedrichshafen GmbH, der regionalen DB ZugBus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH sowie der ZF Friedrichshafen AG beim Forschungsprojekt RABus dabei sind.

Die Entwicklung, Umsetzung und Erprobung eines wirtschaftlichen und zuverlässigen Fahrbetriebs mit automatisierten Fahrzeugen ist von großer Bedeutung für die Zukunft des öffentlichen Personennahverkehrs in Städten und Gemeinden. Derzeit sind automatisierte Fahrzeuge im straßengebundenen ÖPNV meist nur mit niedriger Geschwindigkeit unterwegs. Dies führt zu längeren Fahrzeiten und damit zu einer geringeren Akzeptanz und weniger Nutzung. Aber wir wissen alle: Wer Mobilitätsverhalten ändern will, muss attraktive Angebote schaffen, den Umstieg erleichtern, Mobilität neu und vernetzt denken und sprichwörtlich neue Wege ausprobieren. Genau das soll RABus leisten und ganz konkret und in der Praxis zeigen, dass Elektromobilität und automatisiertes Fahren funktionierende Bausteine für unseren zukünftigen Verkehrsalltag in der Stadt und im ländlichen Raum sein können.

Foto: Michael Haefner

Bei der Erprobung im Reallabor geht es darum, ein angepasstes und gleichzeitig sicheres Fahrverhalten zu erreichen, die Fahrzeuge sollen mit niedrigen Geschwindigkeiten im regulären Verkehr „mitschwimmen“ können – innerorts mit mindestens 40, außerorts mit mindestens 60 Stundekilometern. In Friedrichshafen testen wir speziell den Stadtbusverkehr auf ländlicheren Strecken außerhalb der Kernstadt. Der Stadtverkehr wird eine eigene Linie einrichten, auf der die Kleinbusse verkehren. Zunächst werden die Busse ohne Passagiere unterwegs sein. Bis zum Ende des Projektzeitraums 2023 sollen dann die Verkehre auch mit Probanden getestet werden. An Bord ist immer ein speziell ausgebildeter Fahrer, der jederzeit eingreifen kann.

Zum Einsatz kommen Shuttles von 2getthere, einer Tochter der ZF Friedrichshafen AG. Sie bieten Raum für bis zu 22 Personen und können mit ihren kompakten Maßen von 6 x 2,1 x 2,8 Metern bedarfsorientiert und fahrplanunabhängig in den städtischen Verkehrsfluss integriert werden. Die autonomen Shuttles sind mit elektrischem Antrieb, modernster Sensorik und mit künstlicher Intelligenz versehenen Zentralrechnern ausgestattet.

Für die Mobilität der Zukunft versprechen wir uns bei diesem Projekt viel: Ein elektrifizierter und automatisierter öffentlicher Nahverkehr kann in Städten und Gemeinden ganz wesentlich zum Erreichen der Klimaziele beitragen, zudem müssen wir auf das veränderte Mobilitätsverhalten aber auch auf geänderte Ansprüche an Mobilität nicht nur reagieren, wir müssen sie mitgestalten.

Andreas Brand
Oberbürgermeister der Stadt Friedrichshafen

Im RABus-Konsortium arbeiten das Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (FKFS), das Karlsruher Institut für Technologie (KIT), die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH, die Stadtverkehr Friedrichshafen GmbH mit der DB ZugBus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH sowie die ZF Friedrichshafen AG zusammen. Neben Friedrichshafen mit dem Schwerpunkt Überlandbetrieb ist Mannheim mit dem Schwerpunkt innerstädtischer Mischverkehr als Reallabor im Forschungsprojekt RABus dabei.

Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages

Am 25. November 2020 traf sich das Präsidium und tags darauf der Hauptausschuss per Videokonferenz. Wichtige Entscheidungen gab es unter anderem zu folgenden Punkten:

- Entwicklungen des Infektionsgeschehens und Maßnahmen zur Eindämmung
- Impfstrategie von Bund und Ländern
- Finanzpolitische Forderungen für die Jahre 2021 und 2022
- Leipzig Charta 2020 – die transformative Kraft der Städte
- Baulandmobilisierungsgesetz – Gesetzgebungsverfahren und Inhalte
- Neues Kinder- und Jugendstärkungsgesetz
- Modernisierung des Personenbeförderungsgesetzes

Diese und weitere Beschlüsse:
↗ https://t1p.de/staedtetag-beschluesse

Foto: Peter Himsel/DBU

Bewerbungen für den Deutschen Umweltpreis 2021 gesucht

Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt vergibt jährlich den mit 500.000 € dotierten Deutschen Umweltpreis. Ausgezeichnet werden Leistungen, die entscheidend und in vorbildhafter Weise zum Schutz und zur Entlastung der Umwelt beigetragen haben oder beitragen werden. Der Deutsche Städtetag ist als vorschlagsberechtigte Institution von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt gebeten worden, für die Vergabe 2021 Kandidaten zu benennen. Der Preis richtet sich gleichermaßen an Personen, Firmen und Organisationen. Vorschläge können bis zum 25. Januar 2021 abgegeben werden.

↗ https://t1p.de/umweltpreis-2021

Handbuch Cybersecurity in der öffentlichen Verwaltung

Welchen Gefahren und Risiken von Cyberangriffen bestehen für die öffentliche Verwaltung? Welche Handlungsmöglichkeiten gibt es dagegen? Antworten darauf liefert auf 450 Seiten das Handbuch der Herausgeberinnen, Prof. Dr. Gina Rosa Wollinger, Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW, und Prof. Dr. Anna Schulze, Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung. Es richtet sich an einen breiten Personenkreis aus der öffentlichen Verwaltung und kostet 69,- Euro. (ISBN 978-3-8293-1606-4)

E-Transporter aus Deutschland

TROPOS MOTORS®

KOMMUNAL EMISSIONSFREI.

Der Tropos ABLE. 100% elektrisch im cleveren Format.

Abb. zeigen Sonderausstattung.

Platz für 2 Europaletten + 1 Gerätebox.
4,5m³ Ladevolumen.
1,40m breit. 3,70m lang.
Bis 700 kg Nutzlast. Bis 260 km Reichweite.
Wechselbare Aufbauten. Databox Schnittstelle.

tropos-motors.de

Neu im Amt

Foto: campaigners Network

Stuttgart: Neuer Oberbürgermeister von Stuttgart ist **Dr. Frank Nopper**. Der Christdemokrat folgt auf Fritz Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen), der nach seiner achtjährigen Amtszeit nicht mehr zur Wahl angetreten war. Dr. Nopper ist bereits als Oberbürgermeister von Backnang im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages aktiv. Er wird sein Amt im Januar oder Februar antreten.

Foto: O. Walterscheid/DKG

Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG): Ingo Morell ist von der Mitgliederversammlung zum neuen Präsidenten der DKG gewählt worden. Der bisherige Vizepräsident tritt am 1. Januar die Nachfolge von Dr. Gerald Gaß an. Dr. Gaß ist seit 2018 Präsident.

Foto: O. Walterscheid/DKG

Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG): Dr. Gerald Gaß wird neuer Hauptgeschäftsführer der DKG. Der jetzige Präsident der DKG und Geschäftsführer des Landeskrankenhauses Rheinland-Pfalz wird zum 1. April 2021 die Nachfolge des langjährigen Hauptgeschäftsführers Georg Baum (65) antreten, der in den Ruhestand tritt. Georg Baum ist seit 2006 Hauptgeschäftsführer der Krankenhausgesellschaft.

Geburtstage

Foto: photastisch.de

Alexander Ahrens (SPD), Oberbürgermeister von Bautzen, feiert am 19. Januar 2021 seinen 55. Geburtstag. An der Spitze der Stadt steht er seit 2015.

Der Oberbürgermeister der Stadt Passau, **Jürgen Dupper**, wird am 22. Januar 60 Jahre alt. Die Geschicke der Stadt leitet der Sozialdemokrat seit 2008.

Foto: CDU-Fraktion Witten

Bürgermeister **Lars König** aus Witten feiert am 18. Januar seinen 50. Geburtstag. Der Christdemokrat steht seit November an der Stadtspitze von Witten.

Foto: Stadt Leverkusen

Uwe Richrath, Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen, wird am 1. Januar 60 Jahre alt. Der Sozialdemokrat leitet seit 2015 die Geschicke der Stadt.

Foto: Stadt Teltow

Der Bürgermeister der Stadt Teltow, **Thomas Schmidt**, feiert am 29. Januar seinen 60. Geburtstag. Der Sozialdemokrat hat das Amt seit 2001 inne.

Foto: Senatskanzlei Hamburg

Der Erste Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg, **Dr. Peter Tschentscher**, wird am 20. Januar 55 Jahre alt. An der Spitze der Hansestadt steht der Sozialdemokrat seit 2018. Seit 2018 engagiert er sich auch im Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.

ENGAGEMENT GLOBAL
Service für Entwicklungsinitiativen

© Jörg Loeffke/Engagement Global

SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

WETTBEWERB HAUPTSTADT DES FAIREN HANDELS 2021

FÜR KOMMUNEN, DIE FAIR HANDELN UND FAIR BESCHAFFEN

Hauptstadt des Fairen Handels 2021

Preisgelder im Gesamtwert von 250.000 Euro und viele Zusatzpreise

Schirmherr: Dr. Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

- Einfaches und reines Online-Bewerbungsverfahren: weniger Papier, weniger Zeitaufwand.
- Neben Städten und Gemeinden sind erstmals auch Landkreise zugelassen.

Jede Kommune gewinnt: Alle Bewerber können 2022 kostenfrei und exklusiv an zwei zweitägigen Erfahrungsaustauschen mit interessanten Workshops und Vorträgen teilnehmen. Kommen Sie mit anderen Bewerberkommunen in Kontakt und tauschen sich aus!

Eingereicht werden können sowohl einzelne Aktionen als auch langfristige Projekte rund um den Fairen Handel.

Bewerbung vom 4. Januar bis 2. Juli 2021
Preisverleihung am 23. September 2021

Bei Fragen helfen wir Ihnen gerne weiter!

hauptstadtwettbewerb.skew@engagement-global.de
www.faire-hauptstadt.de
Telefon: +49 228 20 717-880

Die **Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)** ist ein Angebot von ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH – Service für Entwicklungsinitiativen und arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH | Service für Entwicklungsinitiativen | Friedrich-Ebert-Allee 40 | 53113 Bonn
www.engagement-global.de
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: **www.service-eine-welt.de | info@service-eine-welt.de**

Im Auftrag des
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Herausgeber:
Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18–32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Helmut Dedy

Verantwortlich: Volker Bästlein
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: DITHO Design, Köln
Layout: Anna-Maria Roch
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs
Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 02224/1874-510
Fax: 02224/1874-495
E-Mail: diederichs@medeya

Deutscher Städtetag

ISSN: 2193-5491
Berlin/Köln, Dezember 2020